

zu machen, und das ist unmöglich, ohne daß wir gegen die westdeutschen Gewerkschaftsführer vor aller Öffentlichkeit die Anklage der Mithilfe an der ideologischen Vorbereitung des Krieges erheben. Mit Recht heißt es in der EntschlieÙung, die dem III. Parteitag vorgelegt wurde: „Das wichtigste Mittel der ideologischen Kriegsvorbereitung ist die wüste Hetze gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik.“

Und gerade diese Hetze kennzeichnet auch die Politik der westdeutschen Gewerkschaftsführung, die gleichzeitig Friedenskämpfer aus Gewerkschaftsfunktionen entfernt, die Sammlung von Unterschriften für die Ächtung der Atombombe verbietet, die Beteiligung am Deutschlandtreffen der Jugend untersagt und ebenso den Besuch von Arbeiterdelegationen in der Deutschen Demokratischen Republik verbot. Diese selbe Gewerkschaftsführung sagt jetzt in ihren Reden und Artikeln über den Schumanplan, er sei die langersehnte Verständigung zwischen dem französischen und dem deutschen Volk. Nun, wir leugnen nicht, der Schumanplan ist eine Verständigung. Es fragt sich nur, zwischen wem und gegen wen. Er ist eine Verständigung zwischen den deutschen und französischen Monopolisten, gegen den Frieden und gegen die Arbeiter beider Länder, und zwar unter dem Einfluß und der Führung des amerikanischen Monopolkapitals. In dieser Stunde, in dieser Situation, da die westdeutsche Gewerkschaftsführung nicht im Lager des Weltfriedens steht, muß der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund seine Stimme für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung erheben. Die politische und moralische Hilfe für die westdeutschen Arbeiter, die genau so wie wir den Frieden wollen und unter unerhört schweren Bedingungen für den Frieden kämpfen, ist eine der entscheidendsten Aufgaben des FDGB. Gerade deshalb muß man darauf hinweisen, daß es unseren Genossen im FDGB noch längst nicht gelungen ist, das Nur-Gewerkschaftlertum konsequent zu bekämpfen, das uns an der Lösung gerade der großen politischen Aufgaben hindern will. Die Behandlung der gesamtdeutschen Aufgaben steht noch längst nicht im Mittelpunkt der Tätigkeit aller Leitungen und Einheiten des FDGB und seiner Industriegewerkschaften, denn sie ist nicht genügend mit den Aufgaben der Gewerkschaften in der Entwicklung unserer Friedenswirtschaft, mit unserer Sorge um die soziale und kulturelle Lage der Werktätigen verbunden. Dabei ist das Unverständnis für die großen politischen Aufgaben der Gewerkschaften nicht einmal in jener Form am gefährlichsten, in